

Im Rahmen der Reihe

MEHRWERT & CO – WIRTSCHAFT IM GESPRÄCH

von und mit **Agnes Streissler**

lädt das Bruno Kreisky Forum für internationalen Dialog zu

WIEVIEL STAAT BRAUCHT DAS SOZIALE GEWISSEN?

Es diskutieren:

Dwora Stein

Bundesgeschäftsführerin der Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier (GPA-djp)

Christian Konrad

Generalanwalt des Österreichischen Raiffeisenverbandes

Mittwoch | 27. Mai 2009 | 19.00 Uhr

Christian Konrad, Generalanwalt des Österreichischen Raiffeisenverbandes

geboren 24. Juli 1943 in Obersdorf, NÖ., Studium der Rechtswissenschaften (Universität Wien), Promotion Dr. jur. 1969; 1969-1970: Raiffeisenlandesbank NÖ-Wien reg. Gen.m.b.H. (RLB); 1970-1972: Niederösterreichische Landwirtschaftskammer; 1973-1981: Assistent des Generaldirektors (RLB NÖ-Wien); 1981-1985: Hauptabteilungsleiter RLB NÖ-Wien; 1985-1990: Geschäftsleiter (RLB NÖ-Wien); 1990-2001: Obmann (RLB NÖ-Wien); seit 2001: Aufsichtsratsvorsitzender der RLB NÖ-Wien AG und Obmann der Raiffeisen Holding NÖ-Wien reg. Gen. m.b.H. Ausgewählte Funktionen: Generalanwalt des Österreichischen Raiffeisenverbandes (seit 1994), Aufsichtsratsvorsitzender bei Raiffeisen Zentralbank, Agrana, Kurier, Uniqua, Leipnik-Lundenburger; Aufsichtsratsmitglied bei Do&Co, Raiffeisen Ware Austria, Siemens Österreich, Baywa München, Südzucker Mannheim/Ochsenfurt, Saint Louis Sucre Paris.

Dwora Stein, Bundesgeschäftsführerin der Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier (GPA-djp)

geboren 28. Dezember 1954 in Wien, Studium der Psychologie und Pädagogik. 1978 - 1982 BFI Wien, Abteilung Führungskräfte-Training; 1983 - 1989 Sekretärin im Landessekretariat Steiermark der Gewerkschaft der Privatangestellten (GPA), zuständig für die Sektion Geld/Kredit und die Sektion Sozialversicherung; 1989 - 1994 stellvertretende Leitende Sekretärin der Sektion Geld und Kredit in Wien; 1994 - 2000 Zentralsekretärin für Bildung in der GPA; ab 2000 stellvertretende Bundesgeschäftsführerin der GPA; seit 4/2005 Bundesgeschäftsführerin - seit 16. 11. 2006 GPA-djp; seit 24. 1. 2007 Mitglied im Vorstand des Österreichischen Gewerkschaftsbundes (ÖGB); seit 2000 Vizepräsidentin der Arbeiterkammer Wien.

Agnes Streissler

geboren 1968 in Wien, Magistra der Geschichte und der Volkswirtschaft. 1993 bis 2005 Referentin in der Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der Arbeiterkammer Wien mit Schwerpunkt öffentliche Finanzen, 2005 bis 2007 Leiterin der Abteilung Wirtschaftspolitik in der Arbeiterkammer Wien mit den Schwerpunktthemen Struktur- und Standortpolitik, Wettbewerbspolitik, Energiepolitik, Daseinsvorsorge, 2007 bis 2008 Geschäftsführerin im ZIT Zentrum für Innovation und Technologie der Stadt Wien mit den Schwerpunktthemen Forschungsförderung, Öffentlichkeitsarbeit für Forschung und Entwicklung, strategische Ansätze der Forschungspolitik, seit Jänner 2009 selbstständig als wirtschaftspolitische Projektberaterin.

Finanzmarktkrise, Energieknappheit, Arbeitslosigkeit - schafft das heutige Wirtschaftssystem mehr Probleme als Lösungen? Die Gesprächsreihe „Mehrwert & Co. - Wirtschaft im Gespräch“ will hier Antwortmöglichkeiten und neue Wege zeigen. Jeweils zwei Persönlichkeiten aus dem Wirtschaftsleben werden über aktuelle Themen diskutieren. Unterschiedliche Erklärungsansätze und das Für und Wider von Politiken und Positionen sollen dabei ausgetauscht und besprochen werden.

Die Veranstaltung - in Partnerschaft mit der Tageszeitung *Der Standard* - ist gefördert aus Mitteln der Republik Österreich und der Stadt Wien.

Agnes Streissler

Einen schönen guten Abend zur dritten Veranstaltung der Gesprächsreihe "Mehrwert & Co. Wirtschaft im Gespräch". Heute geht es um die Frage, wie viel Staat braucht das soziale Gewissen? Es ist zwar vielleicht jetzt die falsche Jahreszeit, aber vielleicht erinnern Sie sich genau so wie ich, dass alljährlich vor Weihnachten Plakate hängen mit dem Slogan "Spenden ist Solidarität". Und auch die "Aktion Licht ins Dunkel" ist sicherlich eine der erfolgreichsten Spendenaktionen überhaupt. Das heißt, die Österreicher und Österreicherinnen haben ganz offensichtlich ein soziales Gewissen. Und gleichzeitig wissen wir aber auch alle, dass es in den vergangenen Jahren, ja eigentlich fast in den vergangenen Jahrzehnten, zu einem Rückbau des Sozialstaates gekommen ist. Man meinte, dass man sich die sozialen Errungenschaften der 1970er Jahre nicht mehr leisten kann. Schlagworte wie die soziale Hängematte oder auch Sozialschmarotzer sind jetzt gar nicht nur von einigen wenigen Superreichen verwendet worden, sondern haben auch Eingang in die tagtägliche politische Diskussion gefunden. Ich habe daher für den

heutigen Abend zwei Personen in wirtschafts- und gesellschaftspolitisch relevanten Positionen eingeladen, um über dieses Thema durchaus auch sehr kontroversiell zu diskutieren. Mit der Frage, erlebt der Sozialstaat jetzt ein Revival, wie sehr gehört Sozialstaatlichkeit zum oft zitierten, aber sehr wenig konkret ausformulierten europäischen Sozialmodell, gibt es vielleicht auch ganz andere, bessere Modelle gelebter Solidarität?

Meine Gäste heute sind Dr. Dwora Stein. Sie ist Geschäftsführerin der Gewerkschaft der Privatangestellten. Im Grundsatzprogramm der GPA findet sich folgender Satz: "Umverteilung und soziale Sicherheit sind gesellschaftliche Notwendigkeiten und Bedingungen nicht nur für individuelle Sicherheit und Freiheit sondern auch für eine lebenswerte Gesellschaft, die auf Stabilität, Gleichstellung und Zusammenhalt beruht." Außerdem ist Dwora Stein Vizepräsidentin der Arbeiterkammer und Chefredakteurin des Mitgliedermagazins Kompetenz. Zu meiner Rechten, Dr. Christian Konrad ist Generalanwalt des Österreichischen Raiffeisenverbands und Aufsichtsratsvorsitzender sowohl von Raiffeisen Niederösterreich/Wien als auch der Raiffeisenzentralbank. In Wikipedia habe ich den sehr bescheidenen Satz gefunden: "Aus seinen Spitzenpositionen im Raiffeisensektor ergibt sich eine beträchtliche Anzahl von Aufsichtsratsfunktionen und, dem Vernehmen nach, auch ein nicht unbedeutender Einfluss auf Politik und Medien. Es werden ihm gute Kontakte zu anderen mächtigen Wirtschaftsführern Österreichs und einflussreichen Politikern in beiden Großparteien nachgesagt." Jetzt ist aber der Grund, warum ich Sie heute zu dieser Diskussion geladen habe, weniger diese sagemwobene Macht sondern die Tatsache, dass genau der Begriff der Solidarität ja ein Kernelement des Raiffeisengedankens ist. Und auch hier ein Zitat von der Website des Raiffeisenverbandes selbst: "Solidarität im Sinn von Raiffeisen bedeutet, dass sich Genossenschafter freiwillig zusammenschließen, um einander zur Erreichung gemeinsamer Ziele zu unterstützen. Allerdings ist dieser Grundsatz im Zusammenhang mit jenem der Subsidiarität zu sehen. Erst, wenn der Einzelne das Ziel nicht aus eigener Kraft erreichen kann, soll er auf die Kraft der Gemeinschaft zurückgreifen können. Solidarität ist also nicht die Verteilung von Almosen, und wer Solidarität einfordert, muss bereit sein, seinen eigenen Beitrag zu leisten." Das heißt, es handelt sich hier um sehr unterschiedliche Konzepte des Zugangs zu sozialer Sicherheit und zu Solidarität. Und ich denke daher, wir werden einen sehr spannenden Austausch haben, denn es geht eben genau um diese Frage: Welche Solidarität brauchen wir denn überhaupt und wer soll dafür verantwortlich sein?

Da möchte ich als erstes Thema die prinzipielle Frage aufgreifen, Gerechtigkeit und Leistung. Und zwar jetzt einmal vollkommen abstrahiert von der derzeitigen Wirtschaftskrise wirklich die Frage, was sind die Kernimpulse einer funktionierenden Marktwirtschaft? Geht es dabei nur um Leistung? Oder hat auch Gerechtigkeit einen wichtigen Stellenwert?

Christian Konrad

Einen schönen guten Abend, meine Damen und Herren. Das ist für mich eine ungewöhnliche Veranstaltung, mir wurde aber freies Geleit zugesichert. Ich komme aus der Raiffeisenwelt, lebe dort, fühle mich sehr wohl, glaube an die Grundsätze und versuche, sie zu verwirklichen. Wirtschaften hat für uns keinen Selbstzweck, sondern Wirtschaft dient den Menschen. Daher ist sie auch auf Nachhaltigkeit ausgelegt und nicht auf schnellen Gewinn. Der Gewinn ist bestenfalls ein Resultat unserer wirtschaftlichen Aktivitäten, keinesfalls das Ziel. Und wir versuchen das in unseren Unternehmungen, die in unterschiedlichen Wirtschaftsbereichen tätig sind, auch zu leben und dieses Gedankengut auch auf einen guten Teil unserer Beteiligungen, dort wo wir entsprechenden Einfluss haben, umzusetzen. Dass bei Raiffeisen auch nur Menschen tätig sind, ist vermutlich jedem klar. Die schönsten Vorstellungen, Ideen, Zielsetzungen, Thesen, Geschäftsordnungen, Satzungen müssen von Menschen getragen und umgesetzt werden. Das ist ein Thema, das uns natürlich immer wieder herausfordert. Aber ganz konkret zu Ihrer Frage sage ich Ihnen aus meiner Erfahrung, Solidarität ist etwas, was in Notzeiten viel leichter einzufordern ist und was viel leichter gelebt wird als in Zeiten, wo es allen gut geht, wo der Neid eine größere Rolle spielt, wo die Lebenssituationen der Menschen auseinander driften. Und wir haben in Österreich in den letzten fünfzig Jahren, sechzig Jahren an sich einmal begonnen in einer Gesellschaft, die weitgehend ausgeglichen war. In diesem Hause kann man das ja sagen, die 1970er Jahre haben sicherlich dazu geführt, dass der generelle Wohlstand gewachsen ist, aber auch nicht auf eine Art, die die Gesellschaft polarisiert hat. In den letzten Jahren, zehn, fünfzehn Jahren ist das auch in Österreich verstärkt aufgetreten. Aus anderen Ländern kennt man das, eine ganz reiche Oberschicht und eine ganz bettelarme Bevölkerungsschicht und dazwischen halt einen Mittelstand. In Österreich war das immer sehr weit ausgeglichen. Das ist in der letzten Zeit anders geworden. Wir versuchen, die Unternehmungen so zu steuern, dass wir möglichst vielen Menschen materiell helfen können und dass wir unsere wirtschaftlichen Mittel auch für die Gesellschaft insgesamt einsetzen. Dann stellt sich natürlich wieder die Frage der Gerechtigkeit. Warum der und der andere nicht? Aber da gibt es auch nur einen pragmatischen Weg. Überall gleichzeitig können wir nicht sein. Aber wir versuchen,

die Dinge, so wie sie kommen, zu behandeln und zu nehmen als einen sehr pragmatischen Weg. Aber noch einmal. Wir haben nie dem Prinzip der Gewinnmaximierung gehuldigt oder haben das exekutiert, wobei es da auch immer wieder Versuche gibt. Wir haben Personalwechsel, Generationenwechsel. Da kommen neue Leute. Wenn du denen ein halbes Jahr nicht genau auf die Finger schaust, dann entwickeln sie Tendenzen, die in die Gegenrichtung gehen, bis man halt draufkommt und sagt, Freunde, wir wollen das eigentlich anders haben. Aber das darf nicht damit verwechselt werden, dass wir natürlich auch als Genossenschaften Wirtschaftsunternehmungen sind und Wirtschaftsunternehmungen auch den Zwängen der Wirtschaft, auch der Betriebswirtschaft, unterliegen. Also bei uns ist zwei und zwei genau so vier wie in jedem anderen Unternehmen auch. Und es ist halt einigermaßen schwierig, die grundsätzlich genossenschaftliche Idee von Friedrich Wilhelm Raiffeisen von Solidarität, von Selbsthilfe und Kontrolle, nicht nur am Sonntag zu predigen, sondern von Montag bis Freitag abends auch zu leben. Das ist ein Spannungsfeld, das eine große Herausforderung ist. Ich behaupte aber, wir schaffen das ganz gut und haben unsere Position in der Wirtschaft in diesem Lande und damit für die Gesellschaft nicht nur halten sondern auch ausbauen können.

Agnes Streissler

Wie sieht die Gewerkschaft Montag bis Freitag Leistung und Gerechtigkeit?

Dwora Stein

Ich denke, dass der Satz aus dem Grundsatzprogramm der GPA, der eingangs zitiert worden ist, sehr schön beschreibt, worum es geht und worum es auch gerade jetzt geht. Ich möchte zunächst einmal mit dem Begriff der Solidarität beginnen. Was für mich zentral wichtig ist, ist dass Solidarität kein Rohstoff ist, der quasi verfügbar ist, sondern dass Solidarität, gesellschaftlicher Zusammenhalt etwas ist, was jeden Tag aufs Neue hergestellt werden muss. Und das ist Aufgabe der Politik, und das ist eine gewaltige Anstrengung. Ich glaube nicht, dass in Zeiten, wo es schlechter geht, Solidarität leichter zu erzielen ist als in Zeiten, in denen es gut geht. In Zeiten, in denen es schlechter geht, wird der Kampf um Ressourcen härter, und es besteht die große Gefahr, dass die Solidarität auf der Strecke bleibt. Insofern betrifft es die politischen Institutionen auf allen Ebenen. Die Begriffe Gerechtigkeit und Leistung sind stark ideologisch besetzt. Man kann trefflich darüber philosophieren. Mir sind folgende Punkte in diesem Zusammenhang wichtig. Ich bin absolut überzeugt davon, dass nur eine Verteilung, die als gerecht empfunden wird, dazu führt, dass effizient gewirtschaftet wird. Ungleichverteilung ist schädlich. Für Österreich gilt, dass im internationalen Vergleich die Ungleichverteilung nicht so schlimm ist. Das kann man schon sagen. Wobei da muss man auch genauer hinschauen, das muss man auch relativieren. Das gilt in Österreich sehr stark in Bezug auf die Verteilung von Einkommen. Es gilt aber überhaupt nicht in Bezug auf die Verteilung von Vermögen. Wenn man sich da die aktuelle Situation in Österreich anschaut, dann verfügt der durchschnittliche Haushalt über ein Vermögen von 55.000 Euro. Diese Zahl sagt aber nicht viel. Der Medianwert sagt in diesem Zusammenhang viel mehr. Der liegt bei 24.000 Euro. Und das zeigt, dass es da eine gewaltige Ungleichverteilung gibt. Und wenn man dann noch in Betracht zieht, dass 10% der Haushalte über 54% des Geldvermögens verfügen, dann merkt man, dass es da sehr wohl eine Schieflage gibt. Und auch, was das Einkommen betrifft, da ist Österreich im internationalen Vergleich sicher besser als viele andere Länder, muss man es ein Stück relativieren, weil die Bezieher niedrigerer Gehälter und Löhne in den letzten Jahren kaum Reallohnzuwächse gehabt haben, die Schere auseinander gegangen ist. Und auch die viel diskutierte Relation Managerbezüge zu einem durchschnittlichen ArbeitnehmerInnenbezug hat sich in den letzten Jahren ganz gewaltig verändert von ursprünglich einmal des 20fachen eines durchschnittlichen ArbeitnehmerInnenbezugs hin zum aktuell 48fachen. Auch da gibt es eine Schieflage. Und ich glaube, dass es da einen Handlungsbedarf gibt für die Gewerkschaften und für die Politik insgesamt, weil gerade in Zeiten der Krise sind die Leute besonders sensibel, wenn es um die Fragen von Gerechtigkeit, um die Frage von Verteilung geht und um die Frage, wer letzten Endes auch die Folgen der Krise zu bewältigen haben wird.

Agnes Streissler

Vielleicht darf ich da nachfragen. Gerechtigkeit, ein sehr oft genannter Begriff. Aber die Frage, was ist es. Du hast gesagt, eine ausgeglichene Verteilung ist besser. Heißt das, eine ausgeglichene Verteilung ist in deinen Augen eine gerechte Verteilung? Man könnte ja auch sagen, es ist gerecht, wenn jeder das für sich bekommt, was er geleistet hat, und dann muss man drüber diskutieren, was jetzt leistungsgerechte Einkommen sind. Was verstehst du unter Gerechtigkeit im Vergleich zur Ausgeglichenheit? Oder ist das das Gleiche?

Dwora Stein Ich glaube, dass es schon Unterschiede braucht natürlich, weil Unterschiede ja auch einen Anreiz darstellen. Es muss die Möglichkeit gehen, aufgrund eigener Leistung, aufgrund von Kreativität, von Innovationskraft

einen gerechten Anteil zu bekommen. Das ist ganz entscheidend dafür, dass auch neue Impulse gesetzt werden. Was für mich in dem Zusammenhang besonders wichtig ist, es geht ja um Chancengerechtigkeit. Das, was ich für ganz entscheidend halte, ist, dass nicht die Herkunft darüber entscheidet, über welche Ressourcen man verfügt oder irgendwann einmal verfügen wird, sondern dass es da soziale Durchlässigkeit gibt, dass jeder Mensch vom Kindesalter an entsprechend seinen Möglichkeiten gefördert wird, und dass er damit die Chance bekommt, wirklich auch einen gerechten Anteil lukrieren zu können. Das scheint für mich das Entscheidende zu sein, Chancengerechtigkeit. Und in dem Zusammenhang halte ich die aktuelle Auseinandersetzung zum Thema Bildung für völlig verfehlt, weil ich mir denke, da geht es um ganz andere Dinge. Da geht es wirklich darum, Kinder so früh wie möglich so zu fördern, dass sie in der Lage sind, ihren Platz im Leben zu finden, und auch einen gerechten Anteil an dem, was erwirtschaftet wird, selbst auch erwirtschaften zu können. Das ist für mich das Entscheidende.

Agnes Streissler

Können Sie diesem Begriff der Chancengerechtigkeit folgen oder haben Sie ein anderes Gerechtigkeitsbild?

Christian Konrad

Ich bin ja kein Interessensvertreter und schon gar kein Politiker sondern Unternehmensführer. Da kann ich Ihnen sagen, dass wir etwa bei der Aufnahme von Mitarbeitern uns nicht kümmern, woher er kommt. Es ist uns auch egal, welches Religionsbekenntnis er hat, geschweige denn eine politische Partei. Es spielt auch die Hautfarbe keine Rolle, wobei das ein bisschen einzuschränken ist, weil es auf den jeweiligen Markt ankommt. Bei uns hat jeder, der möchte, die gleiche Chance. Ich habe mir die Ergebnisse der Arbeiterkammerwahl angesehen. Wir haben im Haus auch acht Kommunisten. Soll sein. Wir haben sie nie gefragt.

Agnes Streissler

Bei wie vielen Mitarbeitern?

Christian Konrad

Bei 1.000. Wobei ja nicht 1.000 zur Wahl gehen, auch wenn wir sie x-fach animieren dazu. Es waren etwa 500 bei der Wahl, davon immerhin acht Kommunisten und ein paar andere Exoten.

Dwora Stein

Aber es ist Ihnen immerhin aufgefallen, dass es diese acht Kommunisten gibt.

Christian Konrad

Ja. Ich ertappe mich dabei, wenn ich im Lift stehe und es sind 5 Kolleginnen und Kollegen mit mir, denke ich mir, ist da einer dabei, wie schauen die aus? Also es wird jeder nach seinen Leistungen und seinem Einsatz, Fleiß usw., beurteilt. Dafür kriegt er auch einen entsprechenden gerechten Lohn. Das ist das, was wir tun. Wir machen keine politischen Richtlinien, sondern wir leben in der Praxis und versuchen, das umzusetzen.

Agnes Streissler

Wenn Sie jetzt außerhalb Ihres Unternehmens schauen, die Chancengerechtigkeit, die Frau Dr. Stein angesprochen hat, beginnt ja im Kindergarten. So weit reicht der Raiffeisenkonzern ja noch nicht, obwohl wahrscheinlich haben Sie einen Betriebskindergarten.

Christian Konrad

Da sind wir gerade dabei.

Agnes Streissler

Wie kann man eine gerechte Wirtschaft definieren, damit Sie auch die richtigen Leute bekommen für Ihren Betrieb? Und dass nicht schon vorher eine unbeabsichtigte Auslese stattfindet?

Christian Konrad

Ich werde mich jetzt nicht auf das Glatteis begeben und mit der Frau Dr. Stein über Bildungspolitik diskutieren. Da bin ich auch gar kein Fachmann. Ich weiß nur eines, dass die Leute, die kommen von ihren Ausbildungen her, und eine gewisse Mindestausbildung muss etwa im Bankbereich ja da sein zum Unterschied von anderen Unternehmensformen, dass sehr, sehr viel von dem, was man wirklich braucht, erst gelernt werden muss. Daher

sage ich, ein ganz wichtiger Punkt ist, das Fachwissen kann ich nicht voraussetzen oder wenig voraussetzen, wenig praktisches Wissen. Was wichtig ist, ist eine Kinderstube, also ein ordentliches Benehmen. Was wichtig ist, ist soziale Kompetenz oder jedenfalls soziale Verträglichkeit. Er muss sich in einer Gemeinschaft bewegen können, ohne ununterbrochen zu streiten oder zu polarisieren. Und die Leistungsbereitschaft muss da sein. Dann nehmen wir verschiedene andere äußere Dinge durchaus auch in Kauf. Und es laufen bei mir auch genug Gepiercte herum.

Agnes Streissler

Abgesehen von den Piercings, wenn ich Ihr erstes Statement richtig in Erinnerung habe, dann sehen Sie es aber schon ähnlich wie die Frau Dr. Stein, dass zu viel Ungleichheit, Ungerechtigkeit in einer Gesellschaft, in einer Wirtschaft auch nicht unbedingt gut ist?

Christian Konrad

Habe ich gesagt. Ich habe gesagt, dass sich in Österreich die Dinge eher auseinander entwickelt haben. Und daher wird es ein Thema sein, diesem Phänomen zu begegnen. Was ich gemeint habe mit Solidarität ist, dass es in schlechten Zeiten leichter ist, wenn alle nichts haben oder wenig haben, dann ist Solidarität viel leichter. Ich erinnere mich noch, in Zeiten nach dem Krieg hat man einander viel mehr geholfen und ist aufeinander zugegangen, als das jetzt der Fall ist. Und ich glaube auch, dass die Erfolge der Spendenaktivitäten, also Licht ins Dunkel und, und, und - ich bin ja manches Mal auch ein Spendensammler -, dass diese Erfolge schon ein wenig mit der Grundbereitschaft zur Solidarität zusammenhängen. Aber von der kauft man sich frei, indem man spendet.

Agnes Streissler

Darauf möchte ich dann später noch einmal zurückkommen. Es gibt aber auch dieses Schlagwort der sozialen Marktwirtschaft, wo es ja offensichtlich genau darum geht, ausgeglicheneres Einkommen zu haben. Leben wir heute bereits in einer sozialen Marktwirtschaft? Oder was könnte man tun, damit man dort hinkommt?

Christian Konrad

Wann immer ich mich außerhalb Österreichs bewege, bin ich nach längerer oder kürzerer Zeit heilfroh, wieder nach Hause fahren zu können. Ich bin ein leidenschaftlicher Österreicher und fühle mich in diesem Land mit seinen Menschen sehr wohl, auch mit der Politik. Sie haben es schon angesprochen, ich habe wenig oder keine Freunde in den derzeitigen Oppositionsparteien, sondern in den beiden großen staatstragenden Gruppen. Ich glaube, dass wir in Österreich ein System haben, das sozialpartnerschaftliche System, mit dem wir bei der sozialen Marktwirtschaft auf einem guten Weg sind - und einer unserer Raiffeisenfunktionäre, damals noch als Politiker, Joschi Riegler, hat ja den Begriff der ökosozialen Marktwirtschaft geprägt und Franz Fischler trägt ihn weiter, weil das zunehmend ein Thema natürlich ist, Klimawandel, Umwelt etc.

Dass es immer wieder Fehler gibt, dass es immer wieder Schwächen gibt, liegt in der Natur der Sache. Aber vom Grundsatz her möchte ich dieses System nicht missen. Wir können daran arbeiten, es zu verbessern. Wir sollten auch kontroversiell diskutieren. Aber dann finden wir wieder einen gemeinsamen Weg. Da gibt es den schönen alten Satz: "Streiten darf man, aber böse sein darf man nicht". Ich bin sehr stark pragmatisch. Ich bin ein Anhänger ordentlicher Redeschlachten. Aber am Ende des Tages zählt das Gemeinsame. Ich glaube nach wie vor, dass das in Österreich im Vordergrund steht. Daher fühle ich mich auch so wohl.

Agnes Streissler

Ist dieses sozialpartnerschaftlich Ökosoziale auch deine Vision oder gibt es da Entwicklungsperspektiven?

Dwora Stein

Ich kann dem Begriff der sozialen Marktwirtschaft viel abgewinnen, auch dem Begriff der ökosozialen Marktwirtschaft. Ich konstatiere allerdings, dass wir uns von dem, was ich unter sozialer Marktwirtschaft verstehe, in den letzten Jahren eher entfernt haben. Wir wurden zwar gebeten, von der aktuellen Krise zu abstrahieren. Ich glaube nur, dass das gar nicht möglich ist, weil das einfach Realität ist und die Lebensrealität mittlerweile vieler Menschen. Die Krise wurde ja verursacht dadurch, dass dereguliert worden ist, dass alles dem Markt überantwortet worden ist, dass auch gesellschaftlich so wichtige Kernbereiche wie die Altersvorsorge, die Gesundheitsvorsorge dem Markt überantwortet worden sind, weltweit, in Europa, aber auch in Österreich. Insofern entfernen wir uns vom dem Bild der sozialen Marktwirtschaft. Ich glaube, dass es dringend notwendig ist, dass wir uns dem wieder annähern. Wir erleben ja in Österreich z.B. gerade das Desaster der privaten Pensionsvorsorge, der Pensionskassen.

Ein System, das dazu führt, dass Pensionen bis zu 24% gekürzt werden, ist einfach nicht geeignet, um soziale Sicherheit zu gewährleisten. Und das ist aber eine Folge der Deregulierung und eine Folge des Glaubens an die Kraft des Marktes. Und das ist ein Irrglaube. Und an dem Beispiel zeigt sich das wirklich sehr schön. Und es ist absolut notwendig aus meiner Sicht, da wirklich die Reißleine zu ziehen und genau diese gesellschaftlichen Kernbereiche wie eben Gesundheitsvorsorge, Altersvorsorge, Pflege, Bildung, die Daseinsvorsorge insgesamt eben nicht dem Markt zu überlassen, sondern da wieder regulierend einzugreifen. Das ist mein Bild von der Zukunft. Und ich glaube, dass es dringend notwendig ist, das sofort in Angriff zu nehmen.

Agnes Streissler

Damit sind wir beim Sozialstaat selbst angekommen, der lange Zeit in Europa ein großes Erfolgsmodell war, in den vergangenen Jahren aber einen Rückbau erfahren hat. Derzeit ist die durchschnittliche Sozialquote in den Ländern Europas bei etwas unter 30%. Das sind die öffentlichen Sozialausgaben in Prozent des BIP. In den USA macht diese Quote nur ca. 19% aus. Es ist aber ganz interessant, wenn man dann dazu zählt, was die Menschen eigentlich privat für ihre soziale Sicherheit aufwenden bzw. auch was der Staat dann wieder an Beiträgen und Steuern von diesen Sozialleistungen einhebt, dann sind diese Unterschiede nicht mehr so groß. Diese so genannte gesamte Nettosozialquote beträgt in Österreich 32% und in den USA 31%. Das heißt, soziale Sicherheit kostet so oder so. Die Frage ist einfach nur, wer erbringt die Leistungen und wer übernimmt die Ausgaben für die soziale Sicherheit? Du hast gesagt, die Entwicklungen der letzten Jahre, dass eben immer mehr hier in die Privatwirtschaft ausgelagert wurde, ist eine falsche Entwicklung gewesen und hat von der sozialen Marktwirtschaft weggeführt. Dem wird dann oft entgegen gestellt, na gut, aber diese öffentlichen Ausgaben wären ein Hemmschuh für die Wirtschaft, der Sozialstaat behindert effizientes Wirtschaften und Wirtschaftswachstum. Wie sehen Sie das?

Christian Konrad

Ich war seinerzeit bei der Einführung der privaten Pensionsvorsorge und der Verpflichtung, einen entsprechend hohen Anteil in Aktien zu veranlagen, um damit den Aktienmarkt anzukurbeln, immer schon dagegen, weil ich gesagt habe, schaut doch hinaus, wie groß ist der österreichische Aktienmarkt, so viel gibt es ja gar nicht, und das Risiko ist da, usw. Das ist der eine Teil. Der andere Teil ist, ich glaube nicht, dass die Altersvorsorge allein durch den Staat sichergestellt werden kann. Der Staat an sich hat ja nichts, das muss ja von irgendwo herkommen und muss ja vorher eingenommen werden im Wege von Steuern oder sonstigen Grauslichkeiten. Man muss das System der privaten Vorsorge überdenken und anders organisieren. Ich verstehe das Argument, dass plötzlich die Zusatzpensionen um 25%, 30% weniger wert sind, ohne dass irgendjemand etwas getan hat von den beteiligten Betroffenen, sondern nur weil die Fonds veranlagt haben nach Richtlinien, über die man nachdenken kann. Da bin ich schon der Meinung, dass man das ändern muss. Aber noch einmal, nur der Staat wird das so nicht können. Und daher brauchen wir auch Anreize für entsprechende private Vorsorgen, die ja ohnedies jeder macht. Wir sehen, die Sparquoten sind wieder gestiegen, die Sparanlagen sind wieder gestiegen, Gott sei Dank. Diese Form der Veranlagung hat wieder mehr Attraktivität, auch wenn die Zinsen sehr niedrig sind gegenwärtig. Aber jedenfalls ist das Kapital gesichert und nicht, so wie wir das in den letzten eineinhalb Jahren oder vorher schon einmal seit 9/11 erlebt haben, dass plötzlich die Substanz nicht mehr da ist oder dramatisch gekürzt ist.

Dwora Stein

Natürlich muss das Geld für die Finanzierung der Altersvorsorge irgendwo herkommen. Es kommt aus Beiträgen von ArbeitnehmerInnen und aus Beiträgen von Arbeitgebern im Wesentlichen. Was hoch an der Zeit ist, ist sich wirklich zu überlegen, ob unser gesamtes System der sozialen Sicherheit ausschließlich über die Belastung des Faktors Arbeit finanziert wird. Da sehe ich einen wichtigen Reformansatz, weil das kann es in Zukunft nicht sein. Die Privatisierung der Pensionsvorsorge oder anderer wichtiger Bereiche ist für mich absolut ein Irrweg, weil irgendjemand bezahlt ja auch das. Nur in dem Fall sind die Kosten eben nicht geteilt zwischen ArbeitnehmerInnen und Arbeitgebern, sondern die Kosten werden hauptsächlich von den Betroffenen aufgebracht. Und im Übrigen glaube ich nicht, dass es so ist, dass jeder ohnehin privat vorsorgt, weil sehr viele Menschen sich das überhaupt nicht leisten können. Die müssen das, was sie verdienen, aufwenden, um ihren Alltag zu bestreiten und haben überhaupt keine Chance und überhaupt keine Möglichkeit, für eine ferne Zukunft vorzusorgen. Insofern glaube ich, dass es eine umlagenfinanzierte Pension geben muss und dass das der wichtigste Sockel ist, den die Menschen haben. Wir haben immer davon gesprochen, dass es drei Säulen der Alterssicherung geben soll, das umlagefinanzierte System, das kapitalgedeckte System in Pensionskassen, und dann eben noch die private Pensionsvorsorge. Die eine Säule ist de facto eingeknickt. Für die private Vorsorge haben sehr viele Menschen nicht genug Geld. Und worauf sollen sie vertrauen? Sie können nur auf

ein zumindest staatlich garantiertes System vertrauen, das allerdings eine andere Finanzierungsbasis braucht. Davon bin ich auch überzeugt.

Agnes Streissler

Sie sagen, es muss stärker privat gemacht werden. Wenn man aber jetzt sagt, es ist aber notwendig, dass man eine gewisse Gerechtigkeit in der Wirtschaft hat, schafft das die private Vorsorge? Damit lässt sich zwar vielleicht die individuelle Vorsorge sichern, vorausgesetzt, wenn es eben nicht über Aktien läuft, sondern tatsächlich eine Kapitalsicherung ist. Aber wie schafft es ein privates System, die Gerechtigkeit zu erreichen?

Christian Konrad

Wir haben die staatliche, die betriebliche und die private Vorsorge. Die betriebliche hat keine dramatischen Fehler begangen, vorläufig, es sei denn, das Unternehmen ist verschwunden

Dwora Stein

Die betriebliche Pensionsvorsorge ist in Pensionskassen ausgelagert.

Christian Konrad

Nicht überall, aber in vielen Fällen.

Dwora Stein

In den allermeisten Fällen.

Agnes Streissler

Und dort sind die von dir genannten Verluste drinnen?

Dwora Stein

Und dort gibt es genau die Verluste, von denen ich vorher gesprochen habe.

Christian Konrad

Okay, weil die Vorgaben auch so waren, dass ein entsprechender Veranlagungsmix da ist. Da kann man jedenfalls schon einmal eingreifen.

Dwora Stein

Und weil Mindestertragsvorschriften beseitigt worden sind usw. usw. Und das Risiko tragen ja voll diejenigen, die die Nutznießer sein sollten.

Christian Konrad

Das haben wir in allen Lebensbereichen gesehen und in allen Wirtschaftsbereichen und auch öffentlichen Bereichen, dass die Veranlagung von Geldern ein besonders saftiges Thema war. Und wer aller wie veranlagt hat, haben wir ja spätestens bei Lehmann gemerkt. Noch einmal, ich glaube, die staatliche Pensionsvorsorge als Grundsicherung ist unbestritten. Aber sie kann alleine sicherlich nicht alles tun. Und daher brauchen wir einen privaten Bereich. Und noch einmal, man sollte darüber nachdenken, welche Regelungen wir haben - aber damit begeben sich wieder auf das Feld der Politik, das will ich eigentlich nicht -, die berühmte Hacklerregelung kostet schon sehr viel Geld. Und irgendwoher muss das kommen.

Agnes Streissler

Wenn man jetzt vom Pensionssystem einmal abstrahiert, Ihr Anspruch, dass eben auch eine private Absicherung dabei sein muss neben einer allgemeinen Grundsicherung, gilt das auch für Gesundheit oder in der Familienpolitik? Wo ist mehr Staat und wo ist mehr privat notwendig?

Christian Konrad

Unser Gesundheitssystem bei aller Kritik, keine Frage, trotz alledem das, was ich aus meinem Lebensbereich weiß, möchte ich auch da krank werden nur in Österreich, um das einmal grob zu sagen. Aber da gibt es natürlich jede Menge Probleme: Da gibt es Bürokratie, und, und. Wir versuchen in einem Unternehmen, nämlich bei der Uniqa Versicherung, die der größte private Krankenversicherer ist, durch den Betrieb von Privatspitälern nachzuweisen,

dass Gesundheitsvorsorge und das Gesundheitswesen auch kostengünstiger zu führen sind. Aber da sind wir natürlich auch stark abhängig von den öffentlichen Regelungen. Ich gebe Ihnen Recht. Da gibt es viel Arbeit. Aber da haben wir wieder so wie in vielen anderen Bereichen auch das Thema der Zuständigkeiten, der Verteilungen und unseres Staatssystems, nämlich des Bundes und der Bundesländer und der jeweiligen Kompetenzen, und das ist sehr schwierig, wie wir wissen.

Agnes Streissler

Z.B. wenn man sagt privates Gesundheitssystem: Bekanntermaßen das teuerste Gesundheitssystem auf der Welt haben die USA, die ganz besonders viel privat haben. Ich stimme Ihnen vollkommen zu, das Gesundheitswesen in Österreich ist sehr reformbedürftig, aber da geht es eben mehr um die Strukturen. Aber die Frage ist, ist es deswegen zu teuer, weil es staatlich ist, oder weil eben da etwas mühsame Strukturen, die sehr österreichspezifisch sind, dahinter sind?

Christian Konrad

Da spielt sicher beides eine Rolle. Wenn Sie anschauen die Frage von Anschaffung von Geräten in den diversen Spitälern, und, und. Wir haben eine Reihe privater Krankenhäuser. Wir machen Schwerpunkte. Wir machen das gezielt, dass wir Geräte dort einsetzen, wo das Sinn macht, und nicht in jedem Spital alles und das nur ein bisschen. Durch bessere Koordination kann man da sicherlich Wesentliches erreichen. Aber das scheitert an den Trägern. Da müssen die Verantwortlichen eigentlich über ihren Schatten steigen und sagen okay, wir teilen die Arbeit auf oder wir machen es gemeinsam. Etwa in Niederösterreich sind wir dabei, über unser Rechenzentrum die gesamte IT-Problematik, also die ganze Informationssystematik der Krankenhäuser zu vereinheitlichen, natürlich unter Wahrung von Datenschutz usw. Aber das ist ein unglaublicher Kostenfaktor, zu wissen wie was wo, die Krankheitsgeschichten und, und. Wenn das normiert werden kann, dann liegt da viel Geld auf der Straße. So gibt es x Beispiele, wenn man wirklich will, aber wer ist man, da müssen immer drei oder vier zusammenspielen, dann ginge es. Der Gesundheitsminister hat nach außen hin den Schwarzen Peter. In Wahrheit sind, soweit ich das verfolge seit einiger Zeit, seine Möglichkeiten, tatsächlich einzugreifen und durchzugreifen, minimal. Der stößt sofort an die Ländergrenzen an, und dann wird es schwierig. Da ist die Politik gefordert und zwar nicht nur der Minister, sondern da sind wir beim großen Thema Reform.

Agnes Streissler

Aber im Prinzip hätte wahrscheinlich der Staat als größte Organisation fast die größten Chancen, genau diese Koordinationsfunktionen zu erbringen, als wenn da viele private Anbieter sind.

Dwora Stein

Ich fürchte, wenn wir jetzt eine Debatte über unser Gesundheitswesen beginnen, dann wird das a) ein langer Abend und b) einer, der weg vom Thema führt, und c) werden uns alle Fußballfans dann wahrscheinlich vorzeitig verlassen. Zwei, drei Sätze dazu. für mich persönlich gilt, ich möchte auch in Österreich lieber gesund als krank sein. Aber natürlich haben wir in Österreich auch im weltweiten Vergleich ein immer noch sehr gut funktionierendes Gesundheitssystem. Ich bin allerdings absolut überzeugt davon, dass wir da sehr viel zu tun haben. Und ich bin genau so überzeugt davon, dass es eine öffentlich garantierte Gesundheitsversorgung geben muss, die es nicht notwendig macht, Privatleistungen zukaufen zu müssen. Das ist das gleiche Thema wie bei den Pensionen. Das kostet genau so viel, wenn nicht sogar mehr, aber es kostet jemand anderen etwas, nämlich den, der in der Lage ist, privat sich entweder zu versichern oder Leistungen zuzukaufen. Meine absolute Überzeugung ist, dass es in Österreich ein Gesundheitssystem geben muss, das eine Versorgung garantiert, dass das nicht notwendig macht. Und ich bin genau so überzeugt davon, dass das möglich ist und dass das Leistungsniveau verbessert werden kann und gleichzeitig eingespart werden kann, weil die Hauptproblematik in unserem Gesundheitssystem sind die vielen Schnittstellen, die es da einfach gibt, da geht sehr, sehr viel verloren, und schon auch der mangelnde Wille der Politik, hier wirklich an Lösungen zu arbeiten, die das Ganze im Auge haben und nicht Partikularinteressen von Ländern, von Versicherungsträgern oder von anderen Akteuren, die es im Gesundheitswesen gibt. Da gibt es einfach zu viele Akteure, zu viele Schnittstellen und zu wenig Bereitschaft, wirklich das Ganze zu sehen.

Agnes Streissler

Wenn man jetzt noch einmal den Sozialstaat als Ganzes sich anschaut, Herr Dr. Konrad hat gesagt, in Zeiten der Krise rücken die Menschen wieder näher zusammen und Solidarität ist wieder ein stärkerer Begriff. Du hast das in Zweifel gestellt. Die Frage ist, ist jetzt durch die Wirtschaftskrise doch ein bisschen eine andere Sicht auf den Sozialstaat

entstanden, weil eben die Menschen sehen, so wie es da auf den Kapitalmärkten gelaufen ist, da geht es nicht weiter, also wollen wir uns nicht doch wieder auf die staatliche Sicherheit zurückziehen? Oder besteht die Gefahr - es wird jetzt schon die ganze Zeit gesagt, die Budgets sind knapp -, dass wir in ein bis zwei Jahren die nächsten Sozialsparpakete haben? Und wo wird da als erstes dann gespart werden?

Dwora Stein

Wir erleben im Moment ja gerade, dass die Apologeten des freien Marktes und die Akteure auf den Finanzmärkte nach dem Staat rufen. Das ist ja im Moment gerade evident und der Staat greift ja hier auch ein, anders ginge es ja auch gar nicht. Jetzt die Rolle des Staates in Bezug auf die Sicherung unseres Sozialsystems in Frage zu stellen, würde ich für einen Wahnsinn halten, weil der Sozialstaat im Moment eines der stabilisierenden Elemente ist. Im Moment sorgt der Sozialstaat dafür, dass auf der individuellen Ebene die Krisenfolgen abgemildert werden. Der Sozialstaat ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Jeder Euro, der da ausgegeben wird, ganz egal auf welcher Ebene, ob es bei den Pensionen ist, ob es bei der Arbeitslosenversicherung ist, ob es Familienleistungen sind, ob es Sozialhilfe ist, jeder Euro, der da ausgegeben wird, stützt die Nachfrage und fließt in den Konsum und stützt damit die Wirtschaft. Der private Konsum ist im Moment die einzig noch funktionierende Konjunkturstütze. Und gerade jetzt dann die Systeme der sozialen Sicherheit in Frage zu stellen, würde ich für einen Wahnsinn halten. Und wir müssen natürlich auch in die Zukunft blicken. Die Krisenbewältigung kostet unglaublich viel Geld, kostet das Geld des Steuerzahlers, vor allem auch der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Und irgendwann einmal wird es einen gewaltigen Konsolidierungsbedarf geben. Und wenn jemand glaubt, dass diese Konsolidierung möglich sein wird auf der Ausgabenseite, ohne wirklich die Grundfesten unseres Sozialsystems zu erschüttern, dann ist das aus meiner Sicht ein Irrglaube. Da muss es andere Wege geben. Und gerade jetzt geht es darum, den Sozialstaat abzusichern und sogar auszubauen, schon zu reformieren natürlich, aber ihn abzusichern und auszubauen, weil er auf der individuellen Ebene wichtig ist und weil er natürlich auch für die Wirtschaft wichtig ist.

Agnes Streissler

Sehen Sie die Gefahr des Sozialsparens?

Christian Konrad

Nachdem ich den Einleitungssatz gehört habe und heute nachgelesen im Standard von Montag, jetzt kann ich mich eh nicht mehr zurückhalten. Jetzt muss ich Ihnen sagen, die Banken haben nach dem Staat gerufen - also das ist eine mögliche Darstellung -, aber die Frage ist, warum haben sie nach dem Staat gerufen? Und auch das ist zu differenzieren. Es hat natürlich zwei oder drei gegeben, die wirtschaftlich schlecht geführt, schlecht aufgestellt waren, und daher insolvent geworden sind, geworden wären, was immer. Aber der Regelfall ist doch der, dass auch die österreichischen Banken, die in den letzten Jahren Gott sei Dank ins internationale Geschäft, nämlich vor allem in Mittel- und Osteuropa, eingestiegen sind, von der Welle, die aus Amerika über Westeuropa kam, betroffen waren. Die Liquiditätsengpässe, die da waren, wo die Banken untereinander plötzlich niemandem mehr Geld geborgt haben, - das ist flächendeckend und gar nicht auf individuelle Unternehmen und deren Situation abgestellt -, haben dazu geführt, dass wir alle ausgetrocknet waren. Und daher haben wir gesagt, so wie alle anderen Länder ihren Finanzinstituten Garantien abgeben - und zunächst waren es ja nur Garantien -, damit der Finanztransfer unter den Banken wieder funktionieren kann, die Liquidität gesichert ist, so hätten wir das auch gerne. Das war der eine Punkt. Und der zweite Punkt war dann, dass es geheißen hat, es müssen in Zukunft Mindestkapitalien ausgewiesen werden, das zugleich mit neuen Bilanzierungs- und Verwertungsregelungen, die von den Amerikanern kamen, die sie als erste wieder zurückgedreht haben, das hat dazu geführt, dass wir gesagt haben, gut, dann brauchen wir zusätzliches Kapital, das ist am Markt gegenwärtig nicht generierbar, also daher: Republik zeichne bei den Banken, du kriegst ordentlich Zinsen dafür, du gehst kein Risiko ein oder ein überschaubares Risiko jedenfalls, weil die Volumina, die da gegeben wurden, im Vergleich zum vorhandenen Vermögen nicht signifikant sind, wir zahlen das auch so schnell wie möglich zurück. Ich war derjenige, der dann gesagt hat, aus meinem Verständnis von Wirtschaft und Selbsthilfe eine Verstaatlichung nur über meine Leiche. Da sind ein paar auf Ideen gekommen, ja, so könnten wir den Konrad anbringen. Aber es hat dann einen Weg gegeben - Österreich war da ein bisschen schwächer, die französischen Banken haben die Präsidentschaft von Sarkozy wunderbar genützt, um für sich einen Weg zu finden, einen sehr freundlichen, komfortablen Weg. Aber ich bin mit unserem auch zufrieden. Aber wenn Sie wissen, dass von den Beträgen, die zur Verfügung gestellt werden, ja nur Bruchteile abgerufen sind, auch was die Garantien betroffen hat. Denn im Augenblick, wo klar war, dass die Garantien gegeben werden oder würden, hat es ja wieder funktioniert, langsam zwar, aber immer mehr und immer besser. Also wir haben nicht versagt und schwere Fehler gemacht. Ich habe das einmal plastischer gesagt, wir sind weder Gauner noch Deppen, wir haben auch unser Geschäft nicht

verloren, aber wir sind, da wir international geworden sind, natürlich auch von internationalen Entwicklungen nicht abkoppelbar. Die Republik verdient Geld bei den österreichischen Banken. Das ist in Ordnung, sie hilft uns ja auch damit. Ich habe gesagt, sobald wie möglich möchte ich das wieder loshaben. Der Finanzminister sagt nein, mir ist es schon Recht so, 8%, das ist eine gute Veranlagung. Da kann ich ja mit den Budgets ein bisschen was machen, was alles schon längst wieder verplant ist. Das ist das eine. Das andere, ich weiß schon, Frau Dr. Stein, die Aussage, man darf doch den Sozialstaat jetzt um Gottes Willen nicht angreifen, bin ich Ihrer Meinung. Aber zu sagen, wir müssen jetzt großartige neue Steuern einführen, da habe ich auch meine Zweifel. Und das, was da diskutiert wurde, die Reichensteuern und was immer darunter verstanden wird, das ist ja in Wahrheit keine materielle Diskussion, weil da geht es ja um nichts, sondern das ist eher eine ideologische Diskussion. Ich verschweige allerdings nicht, dass ich in der Frage, ob Spekulationsgewinne zu versteuern sind oder nicht, dass ich da auch eine andere Position habe als viele meiner Freunde in der Österreichischen Volkspartei. Da bin ich mit dem Claus Raidl auf einer Linie: Ich kann mir schon vorstellen, wenn man großartige Spekulationsgewinne lukriert, dass man dafür auch Steuern zahlt.

Agnes Streissler

Das von Ihnen jetzt Erzählte zeigt ja eigentlich, dass der Sozialstaat für die Banken funktioniert. Die haben auf einmal am Privatmarkt nichts bekommen und der Staat ist eingesprungen. Genau so, wie ein Kranker nichts dafür kann, dass er krank wird, haben die Banken nichts dafür gekonnt - wenn man sagt, sie sind keine Gauner gewesen. Das heißt, dort hat es funktioniert und da macht es offensichtlich Sinn. Es stellt sich nur die Frage, wenn das jetzt alles zurückgezahlt wird, jetzt nicht nur das Bankenpaket, weil da sagen Sie auch, da gibt es ja die Zinsen, sondern eben die Konjunkturpakete, wo wird dann als erstes gespart werden? Besteht da nicht die Gefahr, dass beim Sozialstaat gespart wird? Wie soll man die Budgets ausgleichen, ohne dass man jetzt Steuererhöhungen hat?

Christian Konrad

Entschuldigung, wir zahlen die Kredite, die uns der Staat gibt, ja wieder zurück und er kriegt Zinsen dafür.

Agnes Streissler

Ich rede jetzt nicht vom Bankenpaket, sondern wir haben ein Konjunkturpaket, es sind höhere budgetäre Ausgaben momentan notwendig. Man sieht es an den Defiziten. Irgendwann muss das zurückgezahlt werden.

Christian Konrad

Aber das sind ja alles Ausgaben, die im Wesentlichen irgendwann einmal sowieso gekommen wären, die vorgezogen werden. Und daher ist die Differenz lediglich die Finanzierung.

Agnes Streissler

Das heißt, Sie sehen nicht das Risiko von kommenden Sparpaketen im Sozialstaat?

Christian Konrad

Nein, sehe ich nicht.

Dwora Stein

Da sind jetzt sehr viele Themen angesprochen, die nicht nur abendfüllend, sondern wahrscheinlich nachtfüllend wären. Aber natürlich fühle ich mich herausgefordert, dazu ein paar Dinge zu sagen. Ich will mich jetzt nicht über die Ursachen der Krise verbreitern, aber zu sagen, die österreichischen Banken so wie alle anderen Banken auch sind da völlig unschuldig zum Handkuss gekommen, das ist, glaube ich, doch eine etwas verkürzte Darstellung. Man kann irgendwie nicht Jahrzehnte lang die Segnungen der freien Märkte predigen und der Deregulierung das Wort reden und dann, wenn das zu diesem Desaster führt, das wir jetzt erleben, sagen, wir waren da nicht dabei. Das ist einmal mein erster Punkt. Mein zweiter Punkt ist, ich bin ja absolut dafür, dass der Staat unterstützend eingreift. Es ist ja eben leider so, dass, wenn die Banken zusammenbrechen, alles zusammenbricht und wieder die kleinen Leute diejenigen sind, die davon am stärksten in Mitleidenschaft gezogen werden. Insofern gab es ja gar keine andere Möglichkeit, als dass der Staat da helfend eingreift. Was die Aussage betrifft, dass das ist ein Geschäft für den Staat ist, das möchte ich doch ein bisschen bezweifeln, weil der Staat hat das Geld nicht, das er den Banken freundlicherweise zur Verfügung stellt, sondern muss es sich selbst auch erst besorgen und dafür Zinsen zahlen. Und der nächste Punkt ist, wenn es keine Gewinne gibt, dann werden auch die Zinsen nicht bezahlt. Und insofern ist es nicht so, dass dieses Bankenpaket ein gutes Geschäft für den Staat ist. Und der letzte Punkt. Wenn aus dem Budgetbericht des Finanzministers hervorgeht, dass wir im Jahr 2009 eine Verschuldensquote von 68,% haben

werden und im Jahr 2010 eine von 70% und wenn dann noch die Ansage ist, wir wollen möglichst schnell wieder zu den Maastricht konformen Werten zurückkehren, dann gibt es einen gewaltigen Konsolidierungsbedarf. 60% bzw. 3% Budgetdefizit. Und da haben die Menschen ein Anrecht darauf zu erfahren, wie diese Konsolidierung bewerkstelligt werden soll. Ich freue mich, dass Sie sagen, das soll nicht über Einsparungen im Sozialsystem passieren. Ich bin auch der Meinung, dass das nicht passieren soll und auf gar keinen Fall passieren darf. Das wäre absolut der falsche Weg. Aber irgendwo muss das herkommen. Ich bin der absoluten Überzeugung, dass das ausgabenseitig nicht möglich sein wird. Natürlich wird es da und dort Einsparungsmöglichkeiten geben. Es gibt Doppelgleisigkeiten, die man beseitigen kann. Aber das große Geld wird auf der Ausgabenseite nicht zu lukrieren sein. Also braucht es andere Maßnahmen. Und das heißt u.a. neue Einnahmen. Und da geht es natürlich schon um die Frage der Besteuerung großer Vermögen und um - Sie haben vorher den Begriff Solidarität verwendet - die Solidarität jener, die eher etwas beitragen können zur Konsolidierung als diejenigen, die von der Krise besonders hart betroffen sind. Und wenn wir da nicht Verteilungskämpfe haben wollen und wenn wir nicht wollen, dass unser System in den Grundfesten erschüttert wird, dann wird es da sehr wohl Vermögenssteuern für große Vermögen geben müssen. Und die Aussage, dass dadurch keine relevanten Beträge hereinkommen, kann ich a) nicht teilen und b) halte ich das für sehr problematisch zu sagen, nur deswegen, weil das angeblich nichts bringt, ziehen wir nicht diejenigen heran, die es sich locker leisten könnten.

Christian Konrad

Hans Peter Haselsteiner, ein unverdächtig Zeuge, hat ja die Idee entwickelt, ab 5 Millionen 80% Steuersatz. Gut, also schauen wir, wie viele Österreicher wir haben ab 5 Millionen? Ich sage Ihnen nur noch einmal zu den Banken etwas, liebe Frau Dr. Stein. Ich habe deshalb ein sehr gutes Gewissen bei meinen Aussagen, weil die österreichischen Banken - da rede ich von dreien im wesentlichen -, die ja die Gelder nicht oder nur zu einem geringen Teil - es sind auch da Fehler passiert - verzockt haben in toxischen Papieren oder, oder, sondern wir haben ja reale Kundengeschäfte gemacht mit Menschen, die wir kennen, also mit den Kunden in Tschechien, in Ungarn, in Rumänien und, und. Und die sind ja alle nicht weggelaufen, die haben wohl ein bisschen mehr Schwierigkeiten, und es werden die überständigen Zinszahlungen oder die fälligen Ratenzahlungen ein bisschen höher, daher sorgen wir auch entsprechend vor. Aber wir haben keinen Anlass zu glauben, dass wir dieses Problem nicht bewältigen können. Es erübrigt sich die Diskussion über die Marge, die die Republik hat bei der Aufnahme der Gelder und der Verzinsung, die wir zahlen. Die sind ja zwischen 8 und 9, und so teuer muss nicht einmal Österreich das Geld aufnehmen. Also es ist immer noch ein Geschäft. Ich gebe Ihnen Recht: Sollten die Raiffeisenzentralbank, die Erste und möglicherweise die CA, aber die ist noch nicht so weit, keine Gewinne mehr machen, können sie die Partizipationsscheine nicht verzinsen. Davon ist aber keine Rede.

Agnes Streissler

Wollen wir vom Bankenpaket zurückkommen zum Sozialstaat?

Dwora Stein

Ich möchte einen Satz zum Sozialstaat sagen im Zusammenhang mit dem Bankenpaket. Noch einmal, ich habe ja nicht in Zweifel gezogen, dass diese Hilfe wichtig ist. Über die Ausgestaltung hätte man diskutieren können. Da hätte es sicher auch andere Möglichkeiten gegeben. Der Punkt, der mir in diesem Zusammenhang wichtig ist, ist nur, in einer schwierigen Situation wird nach dem Staat gerufen, und in anderen Bereichen, wo es um die soziale Sicherheit geht, hat es in den letzten Jahren viele Bestrebungen gegeben, den Staat zurückzudrängen. Und das halte ich für falsch. Und diese Relation möchte ich gerne hergestellt haben.

Agnes Streissler

Wollen wir das Bankenpaket damit abschließen. Sie haben am Anfang gesagt, Raiffeisen spendet auch selber, Raiffeisen als Genossenschaftsunternehmen gehört im weitesten Sinn zum so genannten dritten Sektor dazu, eben dem Nonprofitsektor. Das ist ein Sektor, der immer mehr wirtschaftliche Bedeutung neben dem Sozialstaat erhält. Das ist ein breites Feld. Das sind die Hilfsorganisationen, die Pressure Groups, die Selbsthilfegruppen. Das sind alles Organisationen, die sehr stark, aber nicht ausschließlich, auf dem Ehrenamt oder auf der freiwilligen Arbeit beruhen und insbesondere in den angloamerikanischen Ländern eine sehr, sehr lange Tradition schon haben. Dort sind sie auch mit dem Begriff des Community Spirit sehr stark verbunden. In Österreich fallen wahrscheinlich da als erstes die karitativen Einrichtungen und natürlich auch die Umweltschutzorganisationen ein. Ich habe es interessant gefunden, dass im letzten oder vorletzten Economist ein kurzer Beitrag war, dass im Zuge der Wirtschaftskrise die Spendenfreudigkeit massiv zurückgegangen ist, also dass offensichtlich die Leute doch nicht näher zusammenrücken.

20% Kürzung im Jahr 2008 und zwei Drittel der Einrichtungen erwarten auch weitere Kürzungen in diesem Jahr um mindestens 10%. Das heißt, auch die Einnahmensituation dieses dritten Sektors ist offensichtlich sehr stark konjunkturabhängig. Wie wichtig ist dieser dritte Sektor jetzt insbesondere in Bezug auf Sozialleistungen, in Bezug auf Solidarität für die Wirtschaft, für die Beschäftigung, für das soziale Gefüge?

Christian Konrad

Österreich wäre nicht das Land, in dem wir leben, gäbe es diesen Bereich nicht. Im sozialen Bereich auf alle Fälle oder denken Sie an Sicherheit, Feuerwehren und, und. Alles das ist unverzichtbar in dem Land. Bei den Umweltschutzorganisationen habe ich Zweifel. Aber ich bin ja auch Landesjägermeister und behaupte, dass die Jäger die besten Tierschützer sind.

Agnes Streissler

Das ist aber eine andere Diskussion.

Christian Konrad

Das ist eine völlig andere Diskussion. Und die Idee der Genossenschaft hat ja auch viel von Privatinitiative und von Selbsthilfe. Daher helfen wir diesen Einrichtungen auch sehr, unterstützen sie, teilweise sind wir ein Teil davon. Ich sage Ihnen, aus meinen Spendenakquisitionen und aus unseren Budgets, die wir haben, haben wir nicht gekürzt. Das Geld, das ich sammle, funktioniert im wesentlichen auch. Einige Unternehmungen haben ihre Budgets zusammengestrichen. Wir nicht. Schauen wir einmal. Ich glaube, nach einem Viertel- oder halben Jahr ist es viel zu früh zu sagen, jetzt geht da nichts mehr oder das lässt alles nach. Jene Nonprofitorganisationen oder NGOs, die natürlich einen Verwaltungsapparat haben und monatliche Verpflichtungen haben, bei denen schaut es anders aus. Wenn da die Spenden fehlen, dann können sie die Gehälter ihrer Mitarbeiter nicht mehr zahlen. Aber für die Projekte, mit denen ich mich beschäftige, ist das kein Thema.

Agnes Streissler

Ich habe mich jetzt gerade gefragt, im Grunde müssten eigentlich auch Gewerkschaften dem Nonprofitsektor zuzurechnen sein. Aber größer gesehen, abgesehen von den Gewerkschaften, welche Bedeutung misst du dem dritten Sektor bei?

Dwora Stein

Ich halte es einmal grundsätzlich für sehr wichtig, dass es diese Institutionen gibt. Ich halte auch Umweltorganisationen für wichtig und zwar aus mehreren Gründen. Erstens einmal besetzen solche Vereine oft auch Nischen. Und ein zweiter wichtiger Grund für mich ist, dass ich es sehr wichtig finde, dass Menschen sich auch engagieren über ihr berufliches Engagement hinaus eben in karitativen Einrichtungen, in Umweltorganisationen oder in anderen Bereichen, die ihnen ein gesellschaftliches Anliegen sind. Das ist auch für die politische Hygiene in einem Land sehr gut, dass es solche Vereine und Institutionen gibt, in denen sich Menschen auch organisieren und engagieren. Vom Volumen her, glaube ich nicht, dass dieser Sektor geeignet ist, einen wirklich großen Beitrag zu leisten. Wenn man sich das für Österreich anschaut, dann wird dort in etwa 1% des BIP umgesetzt bzw. 4% an Beschäftigten generiert. Das Spendenaufkommen ist in Österreich sehr gering. Und auch diese Vereine brauchen ja, um existieren zu können, Subventionen. Insofern glaube ich nicht, dass dieser Sektor den Sozialstaat auch nur in irgendeiner Form ersetzen kann. Was mir in dem Zusammenhang auch sehr wichtig ist, auf Sozialleistungen, ganz egal welcher Art sie sind, gibt es einen Rechtsanspruch. Auf die Unterstützung von karitativen Organisationen habe ich keinen Anspruch. Da kann ich drum bitten, aber ob ich etwas bekomme oder ob ich es nicht bekomme, das liegt in der Entscheidungsgewalt dieser Organisationen. Und dann muss man sich auch noch anschauen, was alles unterstützt wird durch solche Organisationen. Und mein Eindruck ist manchmal, dass bestimmte Gruppen sehr stark im Vordergrund stehen und andere gesellschaftlich benachteiligte Gruppen da sehr im Schatten stehen. Unterstützt und gefördert werden Kinder, werden ältere Menschen, werden vielleicht auch noch körperlich Behinderte, aber z.B. Alkoholabhängige, Drogenabhängige, Haftentlassene, Obdachlose, die auch dringend auf Hilfe angewiesen sind, die aber eher gesellschaftliche Randgruppen sind, für die gibt es relativ wenig Unterstützung. Insofern glaube ich, dass der dritte Sektor wichtig ist, dass er aber nie und nimmer auch nur annähernd irgendetwas von dem leisten kann, was ein gut ausgestatteter Sozialstaat leisten kann.

Agnes Streissler

Sehen Sie auch dieses Problem des Partikularismus, die geliebten unterstützten Gruppen und die, die noch immer am Rande bleiben?

Christian Konrad

Alle diese freiwilligen Helfer sind auch nur Menschen. Es ist einigermaßen schwierig, den von Ihnen angesprochenen Randgruppen sich zu nähern einerseits, andererseits wird es notwendig sein oder wird gar nicht gehen, die zu betreuen, ohne entsprechende Bildung oder Ausbildung. Wenn ich mir das Hilfswerk anschauen, Essen auf Rädern, das für alte Menschen das Essen bringt, das kann jeder. Jeder Pensionist, der ein Auto hat, fährt halt zwei Tage in der Woche und, und. Das ist unproblematisch. Aber die Betreuung ehemaliger oder Drogensüchtiger oder Häftlinge im Resozialisierungsprogramm, das ist an eine Ausbildung gebunden. Da kann ich ja nicht sagen, das mache ich morgen. Insofern ist das einigermaßen schwieriger. Da bin ich schon bei Ihnen. Da kann der Staat mehr tun. Oder wenn er es selber nicht tut, kann er professionelle Einrichtungen unterstützen. Ich muss ja nicht überall einen Beamten hinschicken.

Agnes Streissler

Frau Dr. Stein hat Nischen gesagt und Sie haben jetzt Essen auf Rädern genannt. Ich habe genau das Pflege Thema im Kopf, das ja in Österreich sehr stark vom dritten Sektor mitbetreut wird. Ich kenne mich ein bisschen bei Sozial Global aus. Essen auf Rädern ist zumindest in Wien gar nicht so ein einfacher Job. Allein das tägliche Steigen Steigen ist eine ziemlich schwierige Sache. Die Altenpflege wäre wahrscheinlich in Österreich fast nicht vorstellbar ohne den dritten Sektor. Ist das eine gute Entwicklung, dass die 24-Stunden-Pflege eigentlich nur leistbar ist, weil man die recht billigen Nachbarschaftshilfen aus den angrenzenden Ländern hat, oder sollte da der Staat nicht doch deutlich mehr mit Geldern und mit Leistungen hineingehen?

Christian Konrad

Also jedenfalls mit entsprechenden Regelungen. Ein amtierender Bundeskanzler hat - das ist jedenfalls meine Einschätzung - u.a. deshalb eine Wahl verloren, weil er gesagt hat, das ist kein Thema. Das war aber eines und ist eines und zwar nicht nur in der Stadt, da auch, aber vor allem auch am Land. Mit Regelungen, die den Begünstigten nicht so belasten, dass er sich das nicht mehr leisten kann, und die auf der anderen Seite aber dem Pfleger ein gewisses Maß an Sicherheit geben und Legitimität geben, denn das ganze hat sich im grauen Sektor abgespielt, illegal. Da müsste es Wege geben, und wenn man will findet man die auch. Aber das ist eine Aufgabe der Politik, denn die Menschen haben sich ganz einfach selber geholfen. Ich bin ein Niederösterreicher aus dem Weinviertel und ich weiß, was in meiner weiteren Familie und Bekanntenkreis, wer da aller Pfleger hat. Das sind alles Grenzgänger. Die kommen aus der Slowakei in das Marchfeld oder sie kommen aus Tschechien herüber oder Polen, oder.

Agnes Streissler

Aber Ihre Auffassung ist, dass der Staat diese Hilfsorganisationen unterstützen soll oder dass der Staat die Leistungen selbst erbringen soll?

Christian Konrad

Nein, ich glaube, das wird er so nicht schaffen. Er soll die Rahmenbedingungen schaffen, dass Privatinitiativen leichter möglich sind.

Agnes Streissler

Und wie ist deine Position?

Dwora Stein

Das Thema Pflege halte ich sowieso für eines der wichtigsten. Das Thema hat ja die Politik zu einem Zeitpunkt erreicht, wo die Menschen längst schon gewusst haben, was da zu tun ist. Meine absolute Überzeugung ist, dass alles, was Pflege betrifft, öffentlich finanziert werden muss, sodass wirklich eine menschenwürdige Pflege möglich ist und dass der Staat vor allem Qualitätskriterien definieren muss, weil Pflege ist nicht gleich Pflege. Das halte ich für die große Herausforderung, hier wirklich Qualitätskriterien zu definieren, eine entsprechende Ausbildung sicherzustellen, die entsprechenden Mittel sicherzustellen. Und dann geht es natürlich auch um die entsprechende Bezahlung derjenigen, die die Pflege leisten, weil das ist ein schwerer Beruf. Das ist einer, der hohe Anforderungen stellt und der auch die entsprechende gesellschaftliche Anerkennung braucht. Und das ist öffentliche Aufgabe.

Agnes Streissler

Okay, aber unter diesen Rahmenbedingungen ist dann im Prinzip egal, ob das jetzt eine staatliche Pflegerin oder eine Hilfsorganisation tut.

Dwora Stein

Absolut. Es geht da wirklich um Qualitätskriterien und um entsprechende Rahmenbedingungen. Und dafür muss der Staat sorgen.

Christian Konrad

Ich werde weiter daran arbeiten, dass das Genossenschaftswesen in Österreich so stark ist, dass es in der Gesellschaft eine Rolle spielt und nicht überall der Staat notwendig ist. Da wird mir ja schlecht, wenn überall alles der Staat machen muss. Da gibt es ja auch eine Bürokratie, nicht.

Agnes Streissler

Aber die Qualitätssicherung ist schon eine Notwendigkeit.

Christian Konrad

Schon. Aber das kann man ja durch Rahmenbedingungen absichern, damit Private das machen können.

Dwora Stein

Das ist ja überhaupt kein Widerspruch. Es geht um die öffentliche Finanzierung und es geht um die Rahmenbedingungen. Das ist aus meiner Sicht die Aufgabe des Staates. Wer dann die Pflegeleistung erbringt, das ist wirklich sekundär.

Christian Konrad

Da reden wir doch aneinander vorbei. Ich bin nicht der Meinung, dass das alles öffentlich finanziert werden kann und soll. Ein Mindestsatz von mir aus, aber darüber hinaus nicht. Es kann ja nicht sein, dass wir zwei ständig einer Meinung sind.

Dwora Stein

Sind wir auch nicht.

Christian Konrad

Na, Gott sei Dank. Christian Rainer schaut mich ständig an und wundert sich. Ich bin sehr froh, dass er heute da ist, weil das heißt, dass er keinen Leitartikel schreibt, und ich muss mich nicht fürchten, was am Sonntag im Profil steht.

Agnes Streissler

Kommen wir nochmals zurück zum sozialstaatlichen Thema und zwar genau dorthin, wo Sie begonnen haben. Sie haben zunächst nur über Ihr Unternehmen gesprochen und wollten vielleicht gar nicht zu sehr über die größere Politik sprechen. Es ist ja auch in den Unternehmen soziales Handeln immer wichtiger. Der ehrbare Kaufmann braucht eben keine Vorgaben, er handelt immer ethisch und nachhaltig. So liest man es in betriebswirtschaftlichen Publikationen. Diese Auffassung wird heute unter dem Schlagwort Corporate Social Responsibility diskutiert. Und auch hier zitiere ich einen Artikel aus dem Economist: Es ist auch hier zu deutlichen Einschnitten im Zuge der Wirtschaftskrise gekommen. Laut einer Umfrage des weltweiten Netzwerks von CSR aktiven Firmen plant jede dritte Firma Kürzungen ihrer Corporate Social Responsibility Ausgaben und zwar an vorderster Front bei den sozialen Engagements, im Gegensatz zum Umweltschutz, weil der bringt mehr in den Bilanzen. Wenn man Papier einspart, dann hat das auch Kostenauswirkungen. Die sozialen Engagements sind zwar etwas Gutes, aber nicht in der Bilanz sofort ersichtlich. Was ist da Ihre Einstellung? Sind die Unternehmen tatsächlich sozial verantwortlich genug? Oder braucht es hier Eingriffe und Regulierungen des Staates?

Dwora Stein

Wenn es um das Thema CSR geht, dann wird es vielleicht nicht weiter überraschend sein, dass ich Corporate Social Responsibility vor allem für einen Marketingschmäh halte und nicht für ein Konzept, das geeignet ist, wirklich zu höherer sozialer Verantwortung zu führen. Ich frage mich außerdem, wo es die ehrbaren Kaufleute gibt. Aber wenn es so viele ehrbare Kaufleute gäbe, dann wären wir jetzt nicht dort, wo wir sind, weil das hat mit sozial

verantwortlichem Handeln nichts zu tun. Aber mein Hauptpunkt zum Thema CSR ist, es geht hier um den Gleichklang von Ökonomie, Ökologie und sozialen Aspekten. Meine Erfahrung ist, dass im Fall des Falles die Ökonomie immer alle anderen Aspekte schlägt. Insofern halte ich das CSR Konzept für nicht ausreichend, um wirklich soziale und ökologische Verantwortung in unserer Gesellschaft zu verankern. Noch dazu gibt es das Prinzip der Freiwilligkeit, und dieses Prinzip der Freiwilligkeit führt dann eben dazu, dass alles, was man unter Corporate Social Responsibility versteht, genau so einsetzt, wie man es im Moment grade gut brauchen kann und wie es im Moment grade gut ins Konzept passt, ob es einen tollen Artikel hergibt, ob man verwaisten Kindern Spielzeug in die Hand drücken kann und dafür schöne Fotos bekommt, usw. Ich halte dieses Konzept für nicht ausreichend, um in unserer Gesellschaft soziale Verantwortung wirklich zu verankern. Wenn es etwas Zusätzliches ist, okay. Aber ich glaube, dass es da ganz andere Spielregeln braucht als das, was im Moment unter dem CSR Konzept verstanden wird.

Christian Konrad

Also zunächst einmal liebe Frau Doktor, es gibt viele ehrbare Kaufleute, sonst gäbe es diese Wirtschaft und diese Gesellschaft nicht. Wir bei Raiffeisen haben einigermaßen verwundert geschaut, als wir den Begriff CSR das erste Mal gehört und gelesen haben und haben uns darunter relativ wenig vorstellen können, bis wir draufgekommen sind, das ist eigentlich die Genossenschaftsgrundidee, die da versucht wird, zu transportieren. Und Sie haben Recht, in vielen Fällen ist es ein reiner Marketingschmäh. Das, was wir in dem Bereich tun, nicht nur zahlen, sondern auch selber tun, selber Hand an legen, und da gibt es viele Beispiele, das schreiben wir nicht in eine Bilanz. Erstens weil wir der Meinung sind, wir sind dazu da, um zu helfen, Nutzen zu stiften - der Förderauftrag. Und zweitens hat es einen sehr praktischen Grund. Immer wenn wir bei irgendeiner Aktion mitmachen und dann möglicherweise dabei auch noch medial berichtet wird, habe ich am nächsten Tag fünf Briefe, dem hast du geholfen, mir musst du auch helfen. Alles geht nicht. Sie haben das Dreieck Ökonomie, Soziales und Ökologie angesprochen, und dass immer die Ökonomie gewinnt. Na, wenn die Ökonomie immer verlieren würde, dann brauche ich über alles andere nicht mehr nachzudenken. Also so gesehen habe ich schon einen Spannungsbogen zur Wirtschaftlichkeit. Wenn es mich wirtschaftlich nicht mehr gibt, kann ich niemandem mehr helfen. Also muss ich wirtschaftlich schon da sein, gesund sein, überleben, auf Nachhaltigkeit angelegt. Und noch einmal, ich schmunzle über die Veröffentlichungen, was alles geschieht und was da alles unter diesem Schlagwort verkauft wird, als gute Tat an der Menschheit. Also Gutes tun und nicht darüber reden, das ist unser Prinzip.

Agnes Streissler

Aber z.B. Frauenförderung ist ja auch ein Teil von CSR. Wie schaut es damit bei Raiffeisen aus? Gibt es Frauenförderpläne? Wie viele Frauen gibt es in Führungspositionen?

Christian Konrad

Danke schön. In den Schriften von Friedrich Wilhelm Raiffeisen steht nichts, dass es ein Männerverein ist. Aber im Laufe von 120 Jahren hat sich das als eine sehr männliche Veranstaltung herauskristallisiert, wobei männlich heißt, in den Letztverantwortungspositionen. Bei den Mitarbeitern haben wir längst mehr als die Hälfte Frauen. In den Führungspositionen sind wir seit einiger Zeit dabei, und ich kämpfe dafür – das ist ein dickes Brett, für das man einen leistungsfähigen Bohrer braucht -, viel mehr Frauen in unsere Führungspositionen zu kriegen. Also ein fünfblättriges Kleeblatt habe ich schon. Frauenprogramme haben wir so noch nicht oder nur im Ansatz. Dabei stehe ich persönlich sehr unter dem Druck meiner beiden Töchter. Die eine macht Human Resources in einem Unternehmen und die andere ist Psychologin. Und beide quälen mich bei jeder Gelegenheit, wann da endlich was weitergeht. Und ich habe gesagt, die Männer sollten eigentlich bei Raiffeisen auch eine Chance haben in Zukunft und ich kann nicht alles nur den Frauen geben. Ich mache keinen Unterschied in der Leistung oder bei der Berufung oder Bestellung. Ich nehme niemandem, bloß weil er ein Mann ist, und ich nehme auch niemandem, bloß weil sie eine Frau ist. Es kommt auf den Menschen an.

Dwora Stein

Ich wünsche Ihren Töchtern viel Erfolg vor allem im Bestreben, Raiffeisen weiblicher zu machen. Ich fürchte nur, das alleine wird nicht ausreichen, dass Ihre Töchter Druck auf Sie machen. Ich möchte ja dem Publikum gar nicht schildern, wie viele Frauenförderpläne schon durch meine Hände gegangen sind, die keinen nachhaltigen Effekt erzielt haben. Auch hier bin ich der absoluten Überzeugung, dass es da ganz klare Spielregeln braucht, weil sonst wird ein anderes Publikum in 120 Jahren hier sitzen und sich fragen, wo die Frauen sind, und sie werden sich immer noch nur beim Fußvolk befinden und nicht in den Führungsetagen. Insofern glaube ich, dass es hier klare Regelungen braucht wie z.B. in den skandinavischen Ländern, wo es z.B. für die Aufsichtsräte verpflichtende

Frauenquoten gibt. Meine mittlerweile jetzt auch schon einige Jahrzehnte währende Berufserfahrung lehrt mich, dass es ohne solche strikten Regelungen einfach nicht gehen wird, wenn um Thema Frauen in Führungsfunktionen und in Führungspositionen wirklich endlich einmal etwas weitergehen sollte.

Christian Konrad

Egal, was sie kann, aber es muss eine Frau sein?

Dwora Stein

Egal, was sie können, es sind immer Männer. Und ich glaube nicht, dass Männer so viel besser sind als Frauen.

Agnes Streissler

Das ist ja auch eine Form der Solidarität, dass man Macht gerecht aufteilt. Wird man das nur durch Freiwilligkeit erreichen, dass man hofft, dass Unternehmenschefs zumindest Töchter haben, die ...

Christian Konrad

Also ich halte nichts von Quoten, Punkt.

Agnes Streissler

Und andere Formen der Regulierung?

Christian Konrad

Welche? Die Leistung zählt und die Möglichkeit und die Bereitschaft.

Dwora Stein

Das ist schon eine Diffamierung jener Frauen, die sehr viel leisten und es trotzdem nicht in Führungsfunktionen schaffen. Insofern glaube ich, dass es da was anderes braucht als das, was wir die letzten Jahrzehnte hatten.

Christian Konrad

Wir leben natürlich in unterschiedlichen Welten. Sie sind Interessensvertretung, ich habe ein Unternehmen. Ganz konkret. Und diese Fälle gibt es nicht bei mir, wo eine Frau mindestens so gut ist oder besser ist als ein Mann, aber sie kommt nicht dran, weil sie eine Frau ist. Das ist nicht wahr.

Agnes Streissler

Über das Frauenthema müssen wir, glaube ich, einen eigenen Abend machen. Würden Sie dann noch einmal kommen?

Christian Konrad

Ohne weiteres.

Dwora Stein

Darf ich noch einen Satz zum Frauenthema sagen? Ich glaube, es würde auch den Unternehmen sehr gut tun, wenn mehr Frauen in Führungsverantwortung wären.

Christian Konrad

Missionieren müssen Sie mich nicht. Ich habe einige. Aber ich denke nicht darüber nach, dass ich jetzt hergehe morgen in der Früh und sage, der halbe Vorstand der RZB muss weiblich sein. Die habe ich gar nicht. Wir haben in der Bank eine Dame in der Führungsposition. Wir haben Frauen in der Versicherung, in der Holding in Niederösterreich und, und. Ich habe schon einige. Aber nicht mit Gewalt.

Agnes Streissler

Mit Gewalt ist nie gut. Vielleicht als abschließende Frage. Sie haben zwar vorher gesagt, es gibt viele ehrbare Kaufleute, und ich stimme Ihnen zu, ich bin auch seit 1. Jänner ehrbare Kauffrau. Dennoch hat man in der Krise gesehen, dass ethisches, nachhaltiges Denken in den oberen Führungsetagen nicht sehr weit verbreitet ist. Zum Abschluss einfach die Frage, welche Solidarbeiträge sollen Spitzenmanager in der derzeitigen Situation leisten, um hier wieder zu mehr Ausgewogenheit zu kommen? Auch wenn es meinetwegen so sein mag, wie Sie vorher sagten,

dass das gar nicht viel bringt. Welcher symbolischen Beitrag, aber eben finanziell, der weht tut, sollte erbracht werden?

Christian Konrad

Noch einmal mein persönliches Credo zur Frage der Ethik. Wenn jemand die Zehn Gebote beachtet und eine Kinderstube hat, dann ist das viel mehr wert als jede Corporate Social Responsibility Regel. Punkt eins. Punkt zwei, Solidaritätsbeiträge. Also ich ärgere mich auch, und heute habe ich wieder in der Zeitung gelesen, dass der neu ernannte Chef der Royal Bank of Scotland, die ja verstaatlicht ist, unter Beschuss steht, weil er fünf Managern wieder Millionenoptionen eingeräumt hat, und das auch noch rechtfertigt, obwohl er erklärt hat, er macht das anders.

Agnes Streissler

Sie ärgern sich, dass das kritisiert wird, oder Sie ärgern sich über die Praxis?

Christian Konrad

Ich ärgere mich, dass es diese Dinge gibt. Ich bin in der bequemen Position im Raiffeisensektor, in den wichtigsten Unternehmungen den Aufsichtsratsvorsitz zu haben. Allein aus der Aufgabenstellung, dass ich gerecht sein muss meinen Führungsleuten gegenüber, habe ich derartige Einkommensunterschiede nirgends. Die Spitzenleute bei Raiffeisen verdienen auch gutes Geld. Keiner muss hungern, die Frauen sind ordentlich gekleidet, die Herren können sich ordentlich ernähren, wunderbar. Aber die Millionengagen, die es woanders gibt, haben wir nicht. Daher gibt es das auch nicht. Die Bonifikationssysteme, die wir haben, sind so gestaltet, dass es jetzt keine automatischen Boni gibt. Das war überhaupt keine Frage. Ich musste gar nicht nachdenken. Und im Übrigen ist es schon so, dass der Aufsichtsratsvorsitzende, wenn die Ergebnisse da sind, mehr tun kann. Aber jetzt sind die Ergebnisse nicht da, daher ist die Frage, steht mir was zu, gar nicht zu stellen. Es steht mir nichts zu. Und die Ebene darunter, die habe ich wissen lassen, der Vorstand verzichtet, ihr seid gut beraten, ein gleiches zu tun, auch wenn ihr formell einen Anspruch habt, und ihr könnt selber entscheiden, ob ihr damit als Beispiel vorangeht bei euren Mitarbeitern, bei denen wir sagen, wir müssen Urlaube abbauen und, und. Wir haben ja noch niemanden freigesetzt. Tun wir auch nicht. Und wenn es irgendwie geht, wollen wir das auch vermeiden, weil ein Arbeitsplatz ist schon etwas ganz besonders Wichtiges. Also da wissen wir schon um unsere Verantwortung. Hire and fire war nie das Raiffeisenprinzip. War auch Gott sei Dank nicht notwendig, weil wir uns vorher nicht so weit hinausgelehnt und aufgebläht haben, dass wir nachher zurückrudern hätten müssen. Toi, toi, toi. Der Beitrag, den wir leisten, ist das Beispiel. Und wenn es dann darum geht, dass es für Einkommen ab einer gewissen Höhe eine Sonderabgabe geben soll, dann wird das niemandem weh tun. Da brauchen wir gar nicht lange rede. Das ist so und aus.

Dwora Stein

Erstens einmal glaube ich, dass das eine verkürzte Sichtweise ist zu sagen, es geht nur um Fragen der Moral. Ich glaube, dass es um die Frage eines Systems geht, das Schuld ist an der Krise, die wir im Moment erleben. Und wenn es um die Frage geht, welchen Beitrag, symbolischen oder auch tatsächlichen Beitrag, Manager, Spitzenmanager, leisten können, dann ist es wohl das Mindeste in Zeiten, wo von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern Lohnverzicht verlangt wird, sich keine Extrabonuszahlungen zu genehmigen, wie das leider auch im Jahr 2009 noch vorgekommen ist und möglicherweise auch noch vorkommen wird.

Christian Konrad

Bei mir nicht.

Dwora Stein

Das halte ich tatsächlich für unmoralisch. Ich glaube, wir diskutieren ja hier nicht nur, was bei Raiffeisen passiert, sondern was insgesamt passiert. Das halte ich tatsächlich für unmoralisch und auch in höchstem Maße ungeschickt. Es geht ja darum zu motivieren, Kreativität und Schwung zu vermitteln. Und das zerstört man durch genau solche Vorgangsweisen.

Agnes Streissler

Aber Sie sind schon dafür, dass man befristet eine Solidarabgabe von Spitzeneinkommen einführt?

Christian Konrad

Ich bin nicht dafür, aber ich habe nichts dagegen.

Agnes Streissler

Wäre das nicht ein schönes gemeinsames Projekt?

Dwora Stein

Das glaube ich nicht. Ich glaube, dass es schon tatsächlich um andere Dinge geht.

Agnes Streissler

Also eine zeitweise Solidarabgabe auf die Einkommenssteuer wäre doch irgendwie ...

Christian Konrad

Wenn Sie sagen, Frau Dr. Stein, es geht ja um mehr und nicht nur um Raiffeisen, einverstanden. Aber ich versuche ein Beispiel zu geben. Und irgendwo müssen wir anfangen und nicht warten, ob von oben irgendeine neue Regel kommt. Das spielt sich in den Köpfen ab. Und wenn Sie sagen, die Manager sind die schlimmen, dann pardon, dieser Werteverfall oder diese Gier, oder wie immer man das nennen kann, war nicht nur bei Managern der Fall, sondern hat alle Gesellschaftsschichten erreicht. Ich sage nur englisches Parlament. Auch ein Sittenbild. Es gibt immer zwei handelnde Personen. Der Vorstandsvorsitzende, der etwas möchte, und der Aufsichtsratsvorsitzende, der ja sagt. Da gibt es ein fundamentales Missverständnis in der Aufgabenstellung als Eigentümervertreter und Kontrollorgan. Wenn der Aufsichtsratsvorsitzende, das hängt manches Mal mit den Konstruktionen zusammen, auch bei Unternehmungen, die staatsnahe sind, wenn der politisch hingesezt wird und dankbar und froh ist, dass er diese Position, die ehrenhaft ist und ein bisschen Geld bringt, ausüben kann und sich mit seinem Vorstandsvorsitzenden gut stellt, damit er möglichst lang bleibt, ist das ein Missverständnis. Der Aufsichtsratsvorsitzende sollte nach dem Motto „Von mir aus gute Freunde, aber strengste Rechnung“ operieren. Ich bin als Genossenschafter gewählt von den Mitgliedern und habe daher eine völlig andere Basis. Die Manager suche ich aus, schlage sie vor im Aufsichtsrat. Und daher funktioniert das.

Agnes Streissler

Vielleicht auch in Zukunft noch mehr Managerinnen?

Christian Konrad

Ja, ich bin eh dabei. Seit heute führt eine Frau ein wichtiges Medienunternehmen bei Raiffeisen, nämlich die Epamedia, das größte Plakatunternehmen Österreichs. Wir haben den bisherigen Gesellschafter und Geschäftsführer entfernt und eine Dame führt dieses Unternehmen ab heute, Monika Lindner.

Agnes Streissler

Es ist das Design dieser Veranstaltung, dass ein Dialog am Podium stattfindet zwischen den beiden Personen und dass diesen beiden interessanten Personen genügend Zeit gegeben wird, ihre Positionen auszutauschen. Ich danke Ihnen fürs Zuhören und ich danke meinen Gesprächspartnern für den heutigen Abend.